

Working Paper No. 3

Die deutsche Parteienlandschaft im Jahr 2022

Michael Angenendt/Thomas Poguntke

Juli 2023



Inhalt:

Inhalt:.....	1
Summary.....	2
Einleitung.....	2
Generelle Entwicklungen im politischen Jahr 2022.....	2
Die wichtigsten Parteien im Detail.....	11
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Christlich Soziale Union (CSU)	12
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).....	13
Alternative für Deutschland (AfD).....	14
Freie Demokratische Partei (FDP).....	15
Die Linke.....	15
Bündnis 90/Die Grünen.....	16
Landtagswahlen 2022.....	17
Saarland.....	17
Schleswig-Holstein.....	18
Nordrhein-Westfalen.....	18
Niedersachsen.....	19
Bundespräsidentenwahl 2022.....	21
Fazit und Ausblick.....	22
Quellen und Literatur.....	23

Keywords: Parteien in Deutschland; Parteiensystem; Deutsche Politik; Landtagswahlen 2022; Bundespräsidentenwahl 2022

Summary

German politics was entirely dominated by the war in Ukraine and the related fallout, especially the repercussions on German energy supply and soaring energy prices. First, the Russian attack led to a fundamental U-turn in German foreign policy. For the first time, the German government agreed to supply weapons to a war zone. In addition, the governing coalition of SPD, FDP and the Greens agreed (with the support of the oppositional CDU/CSU) to set aside an extra 100 billion Euro to strengthen the German army and to implement severe economic sanctions against Russia. In the wake of the tensions with Russia, the gas supply from Russia was eventually cut-off and the German government embarked on strong efforts to become independent of Russian energy supply. This included the intensification of efforts to built-up renewable energy production. All German mainstream parties supported the government's support for Ukraine, while the Left and the AfD remained critical. Over the course of the year 2022, it became apparent that the economically liberal FDP was paying a considerable electoral price for being in a coalition with two left-wing parties. Yet, the coalition government remained stable and there is no real sign for a collapse of the government.

Einleitung¹

Der vorliegende Beitrag liefert einen Überblick über die deutsche Parteienlandschaft im politischen Jahr 2022. Hierzu erfolgt zunächst die Vorstellung der wichtigsten Themenschwerpunkte des Jahres, wobei ein besonderer Fokus auf der Analyse des Regierungshandelns der Ampel-Koalition im Gefolge des im Februar 2022 begonnenen Kriegs in der Ukraine liegt. Anschließend werden die wichtigsten Ereignisse in den deutschen Parteien diskutiert. Einen weiteren Schwerpunkt des Beitrages bilden die Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sowie die Bundespräsidentenwahl.

Generelle Entwicklungen im politischen Jahr 2022

Im Jahr 2022 waren der Krieg in der Ukraine und seine wirtschaftlichen Folgen für Deutschland, vor allem der starke Anstieg der Energiepreise und die Frage der Versorgungssicherheit, die bestimmenden politischen Themen für die Bundesbürger und Bundesbürgerinnen (Tabelle 1). Im Jahres-Mittel wurde der Krieg von knapp jedem Dritten als das wichtigste politische Thema erachtet (31,67 Prozent). Als ähnlich bedeutsam wurden die durch den Krieg ausgelöste Energiekrise (Jahres-Mittel: 35,61 Prozent) sowie die durch die Inflation gestiegenen Kosten, Löhne und Preise (Jahres-Mittel: 29,28 Prozent) angesehen. Die Corona-Pandemie verlor im

¹ Sofern nicht anderweitig ausgewiesen stammen die in diesem Beitrag gemachten Angaben aus Medienberichten des Jahres 2022. Auf Internetquellen wurde am 13.2.2023 zuletzt zugegriffen. Wir danken Nico Bodden, Benjamin Hoß und Aaron Schlütter für ihre tatkräftige Unterstützung.

Vergleich zum Vorjahr stark an Bedeutung (Angenendt und Poguntke 2022). Während im Januar 2022 noch etwa 70 Prozent die Pandemie als das wichtigste politische Thema betrachteten, waren es im Dezember nur noch drei Prozent.

Tabelle 1: Wichtigste politische Themen 2022 (Angaben in Prozent)

Thema	Januar	Dezember	Mittelwert 2022
Energie, Versorgung, Klima	29,0	45	35,61
Ukraine, Krieg, Russland	6,5	23	31,67
Kosten, Löhne, Preise	10,0	31	29,28
Coronavirus	69,5	3	21,06
Politikverdruss	9,0	10	7,61
Soziale Gerechtigkeit	6,5	7	6,89
Ausländer, Integration, Flüchtlinge	5,0	7	4,89
Rente	4,5	3	3,67
Gesundheitswesen, Pflege	4,5	5	3,67
Wirtschaftslage	3,5	3	3,44
Bildung	3,5	5	3,22
Arbeitslosigkeit	2,5	4	2,44

Anmerkung: Angaben in Prozent. In der Tabelle enthalten sind Mittelwerte für Januar 2022 und das Gesamtjahr 2022. Quelle: Eigene Berechnung anhand der Daten des Politbarometers, siehe Forschungsgruppe Wahlen 2022a

Zu Beginn des Jahres 2022 übernahm Deutschland die G7-Präsidentschaft. Gleichzeitig nahmen die internationalen Spannungen im Zusammenhang mit dem Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze erheblich zu. Am 18. Januar lieferten erste NATO-Staaten Waffen an die Ukraine. Deutschland lieferte zu diesem Zeitpunkt keine Waffen und erntete dafür international Kritik². Es begann in Deutschland eine öffentliche Debatte über mögliche Waffenlieferungen an die Ukraine. Am 27. Januar beschloss der Bundestag den Nachtragshaushalt für das Jahr 2021, vor allem im Hinblick auf die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie³, einen Tag später die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Irak⁴.

Am 2. Februar verbot die Rundfunkkommission den Fernsehsender Russia Today Deutschland aufgrund einer fehlenden medienrechtlichen Zulassung⁵. Das russische Außenministerium entzog daraufhin einen Tag später dem deutschen Auslandssender Deutsche Welle die Sendelizenz für Russland⁶. Am 6. Februar reiste Bundeskanzler Olaf Scholz in die USA, um US-Präsident Joe Biden davon zu überzeugen, dass Deutschland im Ukraine-Krieg ein verlässlicher Part-

² <https://www.welt.de/politik/deutschland/article238283065/Kritik-an-Deutschlands-Zoegern-Setzt-der-deutschen-Fuehrung-in-Europa-ein-Ende.html>

³ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw04-de-nachtragshaushaltsgesetz-877110>

⁴ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-01/bundeswehr-mandat-irak-verlaengerung-bundestagruusia-today>

⁵ <https://www.tagesschau.de/inland/rt-de-rundfunklizenz-101.html>

⁶ <https://www.tagesschau.de/ausland/russland-deutsche-welle-verbot-101.html>

ner innerhalb der NATO ist. Am 15. Februar reiste Scholz zu seinem Antrittsbesuch nach Moskau, drei Tage später begann die Münchner Sicherheitskonferenz, die erstmals seit Jahrzehnten ohne die Teilnahme der russischen Delegation tagte. Am 19. Februar forderte das Auswärtige Amt alle Deutschen auf, sofort die Ukraine zu verlassen⁷. Wenige Tage später stoppte die Bundesregierung aufgrund der russischen Aggression gegenüber der Ukraine die Genehmigung der Gaspipeline Nord Stream 2⁸. Am 24. Februar begann die Invasion der Ukraine durch Russland; zwei Tage später beschloss Deutschland zusammen mit anderen Staaten, Russland aus dem Bezahlsystem SWIFT auszuschließen⁹. Aufgrund der hohen Energiekosten als Folge des Krieges in der Ukraine stellte die Bundesregierung Ende Februar das erste Entlastungspaket für die Bürger vor¹⁰. Am 27. Februar fand im Bundestag eine Sondersitzung statt, in der Bundeskanzler Scholz eine Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ankündigte. In seiner Regierungserklärung kündigte er ein einmaliges Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr an sowie die Aufstockung der jährlichen Verteidigungsausgaben¹¹. *Zeitenwende* wurde im Dezember 2022 zum Wort des Jahres gekürt. In seiner Zeitenwende-Rede sprach der Kanzler davon, dass die russische Invasion in der Ukraine auch eine Zäsur für Deutschland darstellt. Er verurteilte den Krieg als menschenverachtend, völkerrechtswidrig und ungerechtfertigt. Oppositionsführer Friederich Merz (CDU) kündigte an, die gegen Russland geplanten Sanktionen sowie die Ertüchtigung der Bundeswehr zu unterstützen, zeigte sich aber mit Blick auf neue Schulden kritisch. Auch er verurteilte den Krieg. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine suchten viele Kriegsflüchtlinge, vor allem Frauen und Kinder, in Deutschland Zuflucht; bis zum Jahresende 2022 wurden über eine Million Ukraineflüchtlinge in Deutschland registriert¹².

Im März war die öffentliche Debatte in Deutschland geprägt vom enormen Anstieg der Energie- und Spritpreise. Anfang des Monats verkündete die Bundesregierung den Kauf von Flüssiggas für 1,5 Milliarden Euro, da die unterirdischen Gasspeicher in Deutschland zu Kriegsbeginn so gut wie leer waren¹³. Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) traf sich am 10. März in Moskau zu einem Gespräch mit dem russischen Präsidenten. Die private Reise von Schröder wurde in der Öffentlichkeit heftig kritisiert¹⁴. Um die Energiekrise langfristig in den Griff zu bekommen, reiste Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) im März nach Katar und in die Vereinigten Arabischen Emirate, um den möglichen Kauf von Flüssiggas und Wasserstoff auszuloten. Er vereinbarte eine langfristige Energiepartnerschaft mit Katar, was in der Öffentlichkeit wegen der damit verbundenen Abhängigkeit von autokratischen Staaten kritisch diskutiert

⁷ <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/auswaertiges-amt-deutsche-sollen-ukraine-verlassen-17818836.html>

⁸ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-02/nord-stream-2-wird-gestoppt>

⁹ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/sanktionen-russland-ukraine-101.html>

¹⁰ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/koalitionsausschuss-beraet-ueber-entlastungspaket-101.html>

¹¹ <https://www.welt.de/politik/deutschland/video237180367/Bundeskanzler-Scholz-kuendigt-100-Milliarden-Euro-Sondervermoegen-fuer-die-Bundeswehr-an.html>

¹² <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/01/asylantraege2022.html>

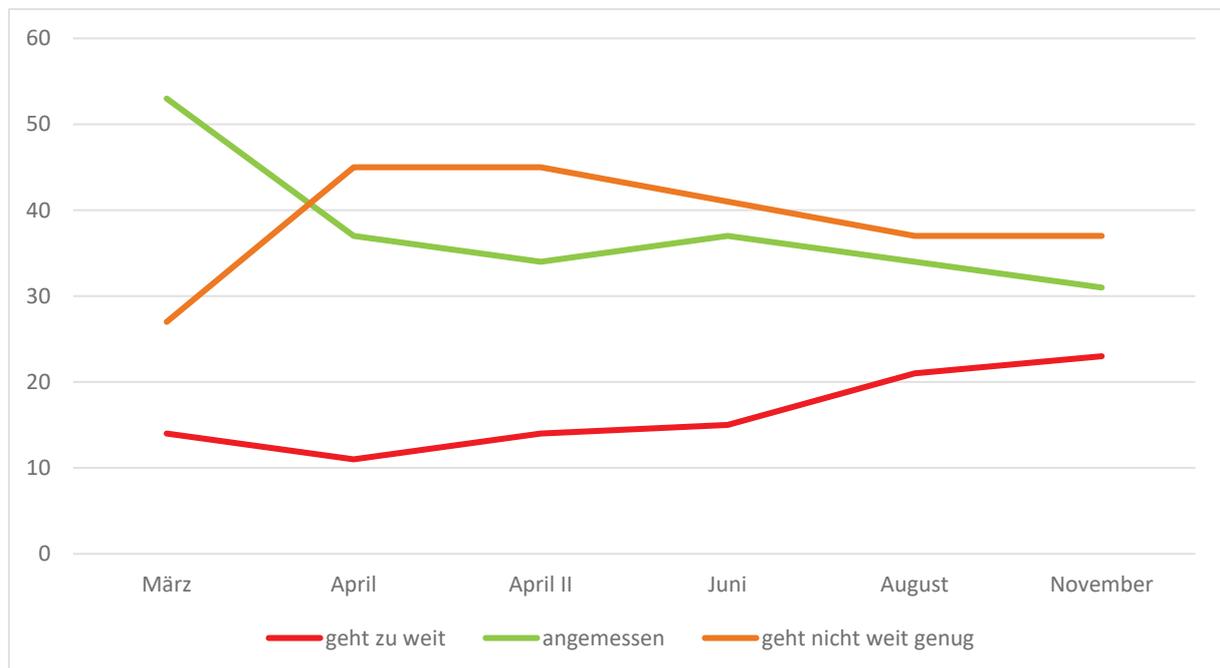
¹³ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/gasversorgung-Ing-einkauf-wirtschaftsministerium-101.html>

¹⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/gerhard-schroeder-ukraine-russland-101.html>

wurde¹⁵. Ende des Monats rief die Bundesregierung die Frühwarnstufe des Notfallplans Gas aus¹⁶.

Eine politische Kehrtwende vollzog die Bundesregierung im April und kündigte die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine an. Bislang hatten alle Bundesregierungen die Lieferung schwerer Waffen in Kriegsgebiete abgelehnt. Zuvor gab es diesbezüglich heftige Kritik von der Opposition an der Zurückhaltung der Bundesregierung. Der Bundestag sprach sich Ende April letztlich nach heftigen Debatten zwischen Regierung und Opposition mit großer Mehrheit für die Lieferung von schweren Waffen aus¹⁷. Die Diskussionen über die konkrete Ausgestaltung der Waffenlieferungen, vor allem die Frage, welche Waffen in welchem Umfang geliefert werden sollen, prägten wesentlich die öffentliche Debatte im Jahr 2022. Während die Linkspartei und die AfD Waffenlieferungen ablehnten, warfen die Unionsparteien der Bundesregierung zögerliches Handeln vor; dieser Vorwurf wurde von Teilen der Grünen und der FDP ebenfalls vehement erhoben. Der Bundeskanzler hob in der Debatte mehrmals hervor, dass es keine deutschen Alleingänge geben werde, sondern eine enge Abstimmung mit den Verbündeten angestrebt werde. Die im Jahresverlauf diskutierten und beschlossenen Sanktionen gegen Russland betrachtete eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung ab April als nicht weitreichend genug (Abbildung 1). Etwa ein Drittel hielt die Sanktionen vom Umfang für angemessen. Einer kleinen, aber wachsenden Minderheit gingen die Sanktionen zu weit.

Abbildung 1: Beurteilung der Sanktionen gegen Russland



Anmerkung: Alle Angaben in Prozent. Quelle: Eigene Darstellung anhand der Daten des ARD-Deutschlandtrends, siehe Infratest Dimap 2022.

¹⁵ <https://taz.de/Fluessiggaslieferungen-aus-Katar/!5895333/>

¹⁶ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/fruehwarnstufe-gas-habeck-ukraine-krieg-russland-100.html>

¹⁷ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw17-de-selbstverteidigung-ukraine-891272>

Mit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine führten die traditionell engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu erheblichen Verstimmungen zwischen Deutschland und der Ukraine, aber auch mit einigen NATO-Mitgliedern in Mitteleuropa. Mitte April lehnte die Ukraine eine geplante Reise von Bundespräsident Steinmeier nach Kiew ab¹⁸. Bei der Bundesregierung stieß diese Entscheidung auf Unverständnis. Anfang Mai wurden die dadurch hervorgerufenen Irritationen durch ein Telefonat zwischen Steinmeier und dem ukrainischen Präsidenten Selenskyi beigelegt. Letztlich folgte eine Einladung der Ukraine an den Bundespräsidenten.

Im Mai reiste Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) als erstes deutsches Regierungsmitglied nach Beginn des Ukraine-Krieges nach Kiew. Dort traf sie sich mit Präsident Selenskyi. Ende Mai entzog der Haushaltsausschuss des Bundestages Altkanzler Schröder (SPD) einen Teil seiner Privilegien¹⁹ und beschloss zudem den Bundeshaushalt 2022²⁰. Vorgesehen waren Ausgaben in Höhe von 495,8 Milliarden Euro, davon knapp 140 Milliarden Euro Neuverschuldung.

Anfang Juni beschloss der Bundestag das Sondervermögen für die Bundeswehr, am 10. Juni stimmte auch der Bundesrat zu²¹. Mitte Juni lieferte Gazprom 40 Prozent weniger Gas durch die Pipeline Nord Stream 1²². Als Grund gab das russische Unternehmen Reparaturarbeiten an. Dadurch gewann die Debatte um mögliche Versorgungsengpässe an Fahrt. Nachdem Bundeskanzler Scholz lange dafür kritisiert worden war, nicht nach Kiew zu reisen, kam es schließlich zu einem gemeinsamen Besuch mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Italiens Ministerpräsident Mario Draghi am 16. Juni. Ende des Monats trafen in Kiew die ersten schweren Waffen aus Deutschland ein²³ und der G7-Gipfel begann auf Schloss Elmau. Das Bundesverfassungsgericht entschied Mitte Juni, dass Angela Merkel (CDU) während ihrer Zeit als Bundeskanzlerin mit Äußerungen zur Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten im Jahr 2020 die Rechte der AfD verletzt habe (Kinski und Poguntke 2021). Im selben Monat startete in Kassel die Kunstaussstellung Documenta. Bereits zu Beginn der Ausstellung kam es zu einer breiten öffentlichen Debatte über Antisemitismus in Kunst und Gesellschaft. Grund dafür war unter anderem ein Ausstellungsstück des indonesischen Künstlerkollektivs „Taring Padi“, das offen antisemitische Bildsprache enthielt²⁴.

Der Bundestag beschloss Anfang Juli ein Gesetzespaket, demnach bis zum Jahr 2030 insgesamt 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien stammen müssen²⁵. Ebenfalls im Juli wurde der in Deutschland umstrittene ukrainische Botschafter Andrij Melnyk, der sich sehr vehement für eine stärkere Unterstützung der Ukraine in der Öffentlichkeit eingesetzt hatte, von Präsident Selenskyi abberufen²⁶. Wegen angeblicher Wartungsarbeiten stoppte Russland am 10.

¹⁸ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/steinmeier-besuch-ukraine-krieg-russland-100.html>

¹⁹ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/altkanzler-schroeder-sonderrechte-verlust-101.html>

²⁰ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw20-pa-haushalt-bereinigung-895790>

²¹ <https://www.tagesschau.de/inland/bundesrat-bundeswehr-sondervermoegen-101.html>

²² <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/gazprom-reduziert-gasliefderung-101.html>

²³ <https://www.faz.net/aktuell/politik/deutschland-liefert-erstmal-schwere-waffen-18118430.html>

²⁴ <https://www.stern.de/kultur/kunst/documenta-15-weitere-antisemitische-bilder-aufgetaucht-32578686.html>

²⁵ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/oekostrom-bundestag-101.html>

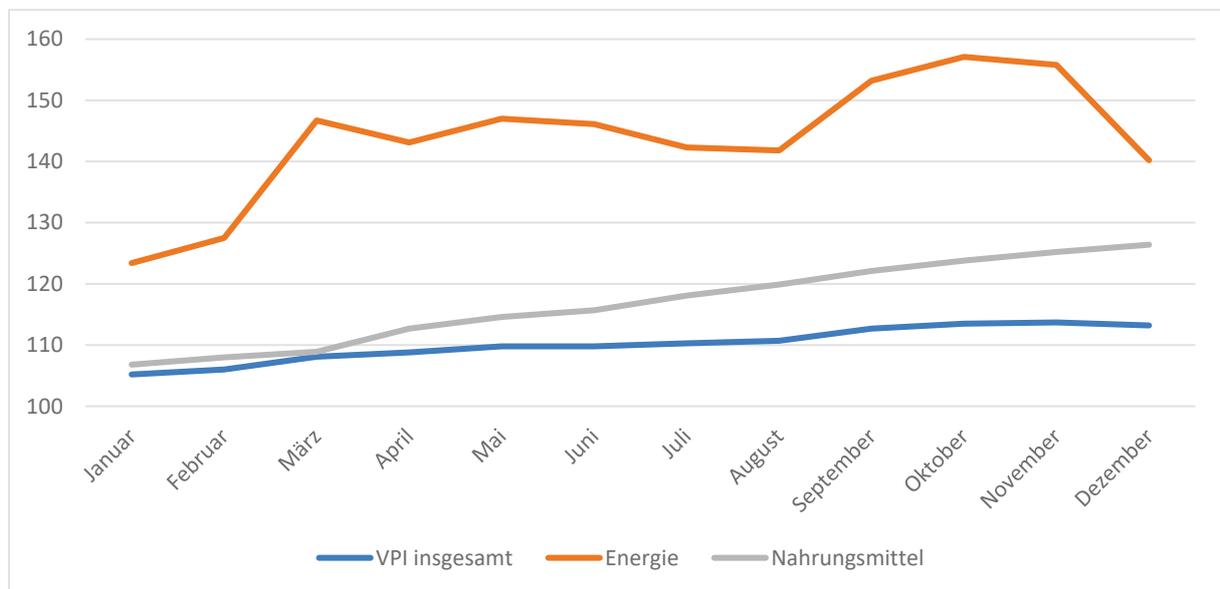
²⁶ <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/botschafter-melnyk-abberufen-100.html>

Juli seine Gaslieferungen über Nord Stream 1 nach Deutschland. Elf Tage später nahm Russland die Gaslieferungen in reduziertem Umfang wieder auf.

Das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland, das schon länger in die Kritik geraten ist, wurde im Sommer durch einen Skandal erschüttert, in dessen Gefolge die Intendantin des öffentlich-rechtlichen Senders RBB, Patricia Schlesinger, am 7. August zurücktrat, nachdem ihr Vetternwirtschaft und Verschwendung vorgeworfen wurde²⁷. Erstmals seit zehn Jahren wurden im August 2022 wieder Soldaten der Bundeswehr nach Bosnien und Herzegowina entsandt, um zu verhindern, dass Russland in der Region an Einfluss gewinnt²⁸. Mitte August warf Palästinenserpräsident Mahmud Abbas bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Kanzler Scholz Israel Holocaust an den Palästinensern vor²⁹. Scholz wies den Vorwurf zurück, jedoch erst nach der Pressekonferenz. Für seine späte Reaktion erntete der Kanzler viel Kritik. Ende August gaben Marktforscher bekannt, dass die Konsumstimmung der Deutschen wegen der hohen Energiepreise und der Inflation auf ein Rekordtief gefallen ist. In Deutschland wuchs wegen eines erneuten Stopps russischer Gaslieferungen die Sorge vor Versorgungsengpässen.

In den Abbildungen 2 und 3 lässt sich die Entwicklung der Verbraucherpreise und der Inflation ablesen. Der Verbraucherpreisindex stieg zwischen Anfang und Ende des Jahres kontinuierlich (Abbildung 2). Deutlich erkennbar ist, dass es neben den gestiegenen Nahrungsmittelpreisen vor allem die deutlich gestiegenen Energiekosten waren, die die Verbraucherpreise im Jahr 2022 in die Höhe trieben. Der stärkste Anstieg bei den Energiekosten lässt sich zwischen August und November verzeichnen, ähnlich wie bei der Inflation (Abbildung 3).

Abbildung 2: Verbraucherpreisindex in Deutschland 2022



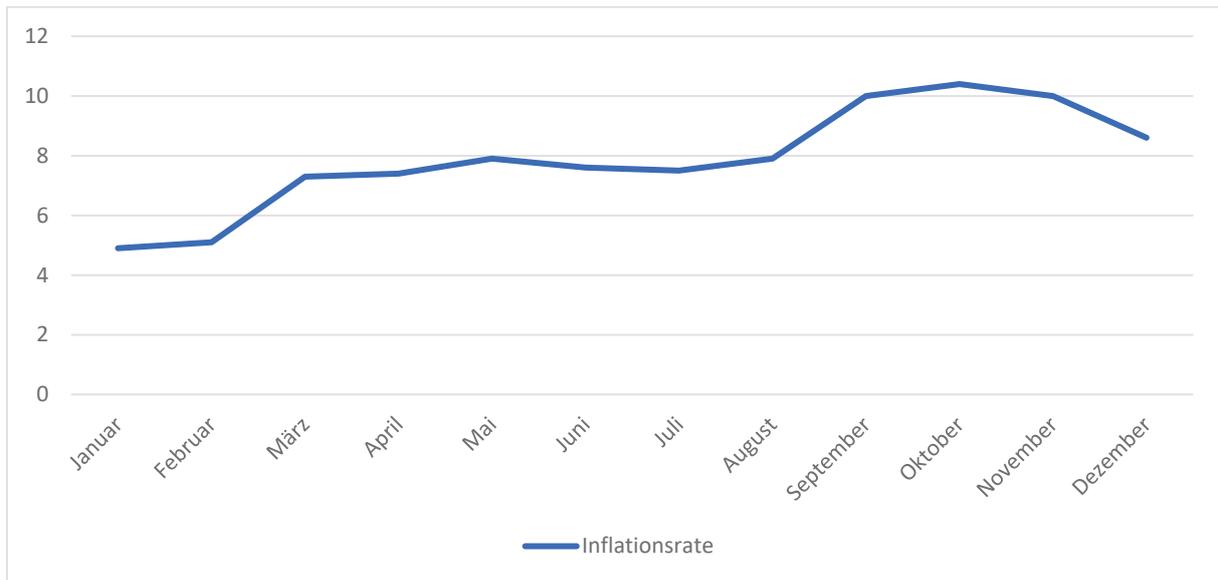
Anmerkung: Anstieg der Verbraucherpreise in Prozent (Jahr 2020 = 100 Prozent). Quelle: Eigene Darstellung anhand der Daten des statistischen Bundesamtes, siehe Statistisches Bundesamt 2023.

²⁷ <https://www.tagesschau.de/eilmeldung/schlesinger-ruecktritt-101.html>

²⁸ <https://www.zeit.de/politik/2022-08/bosnien-herzegowina-bundeswehr-eu-mission-eufor-althea>

²⁹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/abbas-scholz-kanzleramt-holocaust-israel-1.5640316>

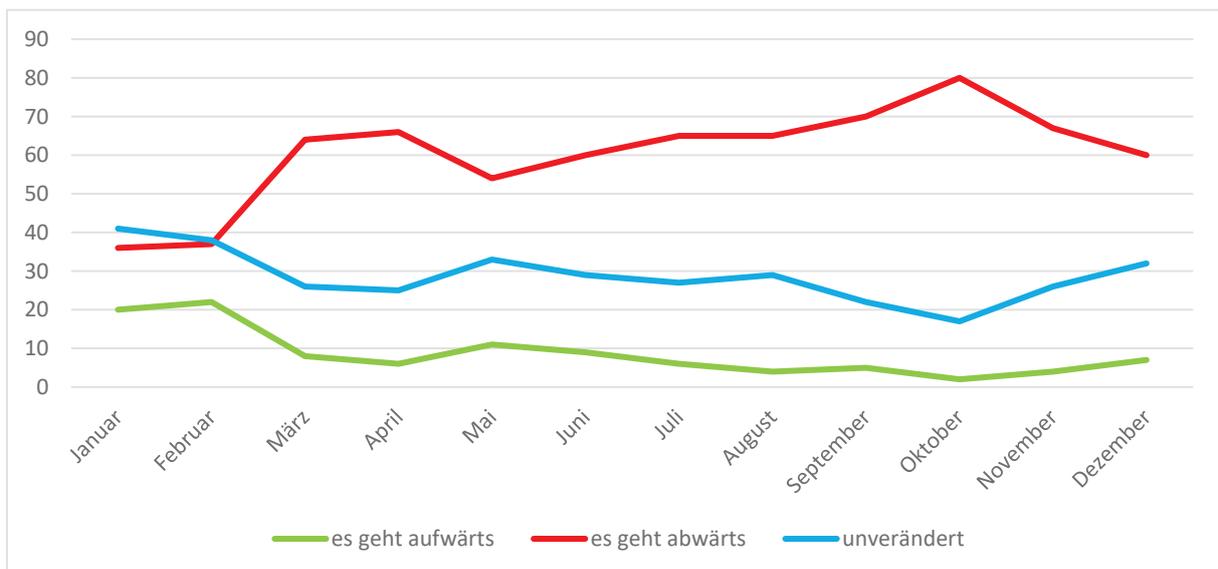
Abbildung 3: Inflationsrate in Deutschland 2022



Anmerkung: Alle Angaben in Prozent. Quelle: Eigene Darstellung anhand der Daten des statistischen Bundesamtes, siehe Statistisches Bundesamt 2022: 84).

Die Preisentwicklung spiegelte sich auch in der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands durch die Bevölkerung wider (Abbildung 4): Vor dem Ukraine-Krieg betrachtete die relative Mehrheit die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands als unverändert. Mit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine und den dadurch erwarteten wirtschaftlichen Nachteilen für Deutschland gelangte eine im Jahresverlauf noch zunehmende Mehrheit der Bevölkerung zu der Einschätzung, dass es mit Deutschlands Wirtschaft künftig abwärts gehen wird. Diese Einschätzung erreichte im Oktober mit einer Zustimmung von 80 Prozent ihren Höhepunkt.

Abbildung 4: Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland 2022



Anmerkung: Alle Angaben in Prozent. Quelle: Eigene Darstellung anhand der Daten des Politbarometers, siehe Forschungsgruppe Wahlen 2023a.

Die Bundesregierung versuchte mit einer Reihe von staatlichen Zuschüssen den starken Anstieg der Energiepreise für die Verbraucher zu dämpfen, unter anderem durch die Subventionierung der Kraftstoffpreise. Nachdem der sogenannte Tankrabatt Ende August endete, stiegen die Spritpreise in der Folgezeit stark an. Ein Liter Diesel kostete zwischenzeitlich mehr als 2,30 Euro³⁰. Ende September kippte die Regierung nach massiver Kritik und Koalitionsstreitigkeiten die Einführung einer geplanten Gasumlage und beschloss stattdessen eine Gaspreisbremse sowie einen Abwehrschirm im Umfang von 200 Milliarden Euro³¹. Kanzler Scholz sprach diesbezüglich von einem „Doppel-Wumms“.

Mitte September telefonierte Scholz und Putin erstmalig seit etwa vier Monaten wieder miteinander. Scholz forderte im Gespräch eine diplomatische Lösung des Konflikts. Am 16. September erklärte das Bundeswirtschaftsministerium, dass die Bundesnetzagentur den Rohölimporteur Rosneft Deutschland treuhänderisch verwalten soll, um den Betrieb der Raffinerien zu sichern³². Rosneft ist ein russischer Betreiber und gehört zu den größten Verarbeitern von Erdöl in Deutschland. Hintergrund war ein Öl-Embargo gegen Russland, Rosneft wollte sich jedoch nicht vom russischen Öl abwenden. Im selben Monat kündigte die Bundesregierung an, den größten deutschen Energieimporteur Uniper verstaatlichen zu wollen, da dieser durch die Einstellung der russischen Gaslieferungen sowie die hohen Ersatzbeschaffungskosten in finanzielle Schieflage geraten war³³. Ende September brach Kanzler Scholz auf zu einer zweitägigen Reise nach Saudi-Arabien, in die Vereinigten Arabischen Emirate und nach Katar. Er traf unter anderem den saudischen Kronprinz Mohammed bin Salman, der vom US-Geheimdienst für den Tod des Journalisten Jamal Khashoggi verantwortlich gemacht wird. Der Mord soll auch Thema des Gesprächs gewesen sein. Zuvor waren bereits Macron, Biden und Johnson dort gewesen. Der eigentliche Anlass für die Reise waren jedoch Gespräche über engere Energiepartnerschaften. In Abu Dhabi unterzeichnete der Kanzler einen Vertrag zur Lieferung von Flüssiggas an das LNG Terminal im deutschen Brunsbüttel, die Vereinigten Arabischen Emirate sollen im Dezember 2022 erstmals liefern³⁴.

Am 26. September warf Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) Flüchtlingen aus der Ukraine „Sozialtourismus“ vor³⁵, diese würden zwischen beiden Ländern hin und her reisen, um deutsche Sozialleistungen zu beziehen. Die Bundesregierung hatte im Frühjahr entschieden, diese aus dem Asylbewerbersystem zu nehmen und ihnen Anspruch auf Sozialleistungen zu gewähren. Die Bundesregierung warf Merz Stimmungsmache vor. Später entschuldigte sich Merz für seine Wortwahl.

Wegen des Todes der jungen Iranerin Mahsa Amini, die von der iranischen Sittenpolizei festgenommen wurde, weil sie keine Kopfbedeckung trug, kam es auch in Deutschland zu Solida-

³⁰ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/tankrabatt-endet-in-deutschland-und-wird-in-frankreich-ausgeweitet-a-0c3e8e16-eb66-4b50-a8d8-144f8b8be998>

³¹ <https://www.tagesschau.de/inland/gaspreisbremse-101.html>

³² <https://www.zeit.de/2022-09/regierung-stellt-rosneft-deutschland-unter-treuhandverwaltung>

³³ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/uniper-verstaatlicht-101.html>

³⁴ <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/scholz-vae-fluessiggas-101.html>

³⁵ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/merz-vorwurf-sozialtourismus-ukraine-krieg-russland-100.html>

ritätskundgebungen, an denen sich tausenden Menschen beteiligten. Am 20. September erklärte der Europäische Gerichtshof, dass die anlasslose Vorratsdatenspeicherung nicht mit europäischem Recht vereinbar sei, die Speicherung sei nur bei der Aufklärung von Straftaten in einem engen Rahmen vertretbar³⁶. In Deutschland ist das Thema seit Jahren ungeklärt und soll nun neu geregelt werden.

Im Koalitionsstreit um den Streckbetrieb deutscher Atomkraftwerke machte der Kanzler Mitte Oktober von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch. Vorausgegangen war ein Disput zwischen FDP und Grünen. Die FDP wollte Atomkraftwerke bis 2024 in Betrieb lassen und dafür neue Brennstäbe anschaffen. Die Grünen, unter anderem aus der Anti-Atomkraft-Bewegung entstanden, waren gegen die geforderten Verlängerungen, zeigten sich jedoch bereit, zwei der Kraftwerke bis April 2023 weiter laufen zu lassen, und zwar im sogenannten Streckbetrieb, sodass keine neuen Brennelemente beschafft werden müssten. Der Bundeskanzler entschied schließlich, dass alle drei Kraftwerke bis zum 15. April 2023 weiterlaufen sollen³⁷. Mitte November wurde dies so vom Bundestag beschlossen³⁸. Ende Oktober reiste Bundespräsident Steinmeier schließlich nach Kiew. Die Bundesregierung billigte am 26. Oktober den begrenzten Einstieg des chinesischen Staatsunternehmens Cosco bei einem Terminal im Hamburger Hafen³⁹. Kanzler Scholz setzte die Entscheidung gegen den teils heftigen Widerstand mehrerer Ministerien durch. Am selben Tag gab Außenministerien Baerbock bekannt, dass die Bundesregierung zusätzlich zu den EU-Sanktionen gegen den Iran weitere Beschränkungen der Wirtschaftsbeziehungen sowie Einreisebeschränkungen verhängen will.

Anfang November traf sich Kanzler Scholz zum Auftakt seiner China-Reise mit Präsident Xi Jinping. Scholz sagte, er wolle auch kritische Themen wie Menschenrechte, den Ukrainekrieg und die Spannungen zwischen China und Taiwan ansprechen. Am 16. November urteilte das Berliner Verfassungsgericht, dass die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksparlamenten wegen schwerer Pannen bei der Durchführung der Wahl wiederholt werden muss⁴⁰. Die Wahl vom September 2021 wurde damit für ungültig erklärt. Der Bundestag hat außerdem beschlossen, dass in 431 der 2257 Wahlbezirke auch die Bundestagswahl wiederholt werden soll⁴¹. Union und AfD forderten jedoch eine Wiederholung in mehr Bezirken und haben die Entscheidung des Bundestages im Januar 2023 vor dem Bundesverfassungsgericht angefochten⁴². Im November stimmten der Bundestag und der Bundesrat für das sogenannte

³⁶ <https://www.tagesschau.de/inland/eugh-vorratsdatenpeicherung-101.html>

³⁷ <https://www.stern.de/politik/deutschland/akw-streit-kanzler-scholz-spricht-machtwort-und-entscheidet-32824092.html>

³⁸ <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/bundestag-entscheidung-akw-laufzeit-verlangerung-streckbetrieb-100.html>

³⁹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/hamburger-hafen-cosco-china-1.5682148>

⁴⁰ <https://www.stern.de/politik/ausland/verfassungsgericht-wahl-zum-berliner-abgeordnetenhaus-muss-wiederholt-werden-32916190.html>

⁴¹ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/500000-berliner-sollen-stimme-nochmals-abgeben-diese-wahlkreise-sind-besonders-von-einer-wiederholung-der-bundestagswahl-betroffen-8859391.html>

⁴² https://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/Verfahren/Ausgew%C3%A4hlte%20Neueing%C3%A4nge/vs_2023/Ausgew%C3%A4hlte%20Neueing%C3%A4nge_2023_node.html;jsessionid=0C4016169F2060E349C8D668BBD3E379.2_cid354

Bürgergeld⁴³. Es ersetzt ab Januar 2023 das Arbeitslosengeld II (umgangssprachlich als *Hartz 4* bezeichnet).

Ende November begann die Fußball Weltmeisterschaft der Herren in Katar. Bereits vor Beginn der Weltmeisterschaft gab es wegen der Menschenrechtslage Boykottaufrufe in Deutschland. Einige europäische Mannschaften wollten als Zeichen des Protests eine „Onelove“-Binde tragen, dies wurde jedoch untersagt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser saß bei dem ersten Spiel der deutschen Mannschaft mit einer solchen Binde auf der Tribüne. Die deutsche Mannschaft hielt sich vor dem Spiel demonstrativ den Mund zu. In Deutschland erntete die Mannschaft dafür gemischte Reaktionen, international eher Spott und Kritik. Sportlich war das Turnier ein Desaster und der Weltmeister von 2014 schied zum zweiten Mal hintereinander in der Vorrunde aus.

Im Dezember wurden bei einer Razzia gegen ein mutmaßlich militantes Netzwerk von sogenannten Reichsbürgern 25 Personen festgenommen, insgesamt gibt es über 50 Beschuldigte, unter diesen ist auch eine ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD⁴⁴. Das Netzwerk soll einen gewaltsamen Umsturz geplant haben. Mitte Dezember beschlossen Bundestag und Bundesrat die Energiepreisbremse für Privathaushalte und Wirtschaft⁴⁵. In Deutschland wurde das erste LNG-Terminal durch Kanzler Scholz sowie die Minister Habeck und Lindner eröffnet⁴⁶. Das Terminal soll Deutschland durch Importe aus Norwegen, den USA und den Golfstaaten unabhängiger von russischen Energielieferungen machen. Ende Dezember wurde bekannt, dass ein Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes festgenommen wurde, weil er Staatsgeheimnisse an Russland verraten haben soll⁴⁷. Den Hinweis soll der Bundesnachrichtendienst von einem ausländischen Partner-Geheimdienst erhalten haben. Am 31. Dezember starb der emeritierte deutsche Papst Josef Ratzinger bzw. Benedikt XVI im Alter von 95 Jahren in der Vatikanstadt. Zu Ende des Jahres entspannte sich die Pandemie-Lage erheblich. Als erstes Bundesland schaffte Sachsen-Anhalt Anfang des Monats die Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr ab⁴⁸.

Die wichtigsten Parteien im Detail

Im Jahresverlauf verlor die SPD in der Bevölkerung an Zustimmung (Abbildung 5). Während zwischen Januar und April etwa ein Viertel der Bevölkerung in Umfragen angab, die SPD wählen zu wollen, lag die Zustimmung danach bei etwa 20 Prozent. Seitdem führte bis zum Jahresende die größte Oppositionspartei, die Union, die Umfragen an. Den Grünen schien die Regierungsbeteiligung im Jahr 2022 nicht geschadet zu haben: Die Partei konnte ihre Umfragewerte zwischen Februar und August deutlich verbessern und lag auch zum Jahresende, trotz gesunkener Umfragewerte, in der Wählergunst noch höher als bei der letzten Bundestagswahl

⁴³ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/buergergeld-bundestag-bundesrat-101.html>

⁴⁴ <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/reichsbuerger-razzia-fruehere-afd-abgeordnete-festgenommen/28853066.html>

⁴⁵ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/gaspreisbremse-bundestag-103.html>

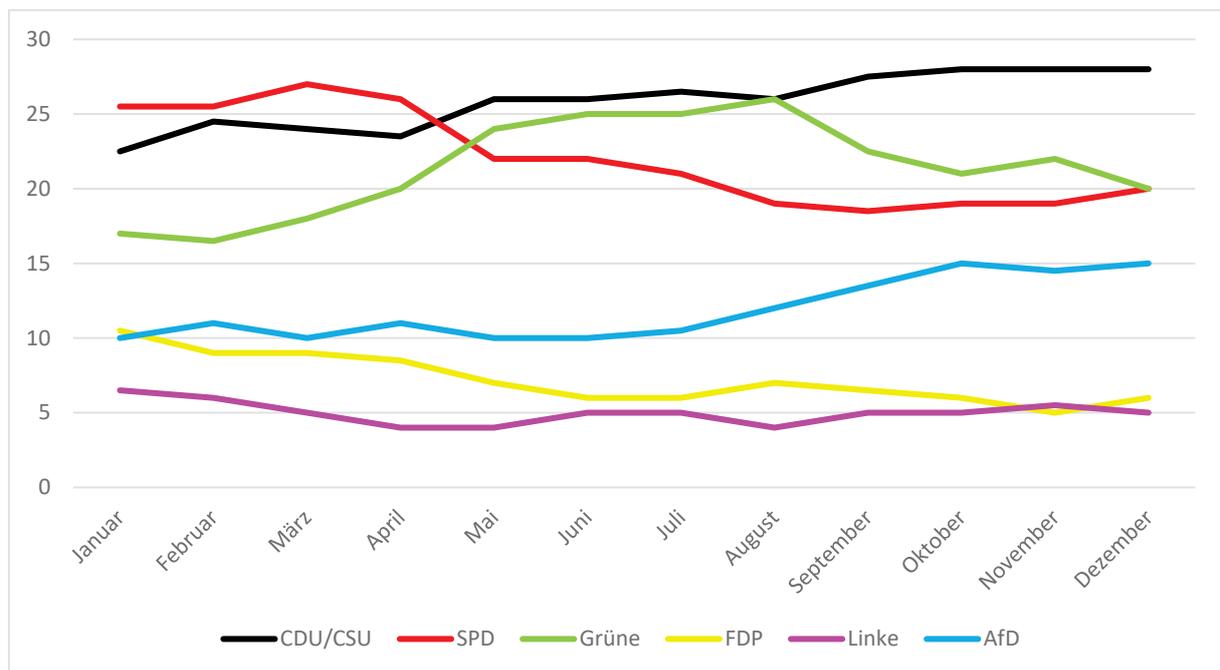
⁴⁶ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/habeck-interview-lng-terminals-103.html>

⁴⁷ <https://www.tagesschau.de/inland/bnd-spionage-109.html>

⁴⁸ <https://www.tagesschau.de/inland/sachsen-anhalt-und-bayern-schaffen-maskenpflicht-im-nahverkehr-ab-101.html>

(Angenendt und Kinski 2022). Anders bei der FDP: Sie profitierte als kleinste Koalitionspartei nicht von der Regierungsbeteiligung. Im Jahresverlauf sank die Zustimmung für die Partei fast kontinuierlich und näherte sich der kritischen Fünf-Prozent-Marke. Ähnlich wenig Zustimmung erlangte ansonsten nur die Linkspartei, der es im Jahr 2022 nicht gelang, ihre geringen Umfragewerte zu steigern. Sie verblieb im Jahresverlauf auf dem Niveau der letzten Bundestagswahl (Angenendt und Kinski 2022). Die AfD erreichte über das Jahr konstant zweistellige Zustimmungswerte und konnte sich ab dem Sommer von zehn auf etwa 15 Prozent in den Umfragen verbessern.

Abbildung 5: „Sonntagsfrage“: Wahlabsichten der Deutschen 2022



Anmerkung: Alle Angaben in Prozent. Quelle: Eigene Darstellung anhand der Daten des Politbarometers, siehe Forschungsgruppe Wahlen 2023b

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Christlich Soziale Union (CSU)

Am 22. Januar wurde Friedrich Merz auf dem digitalen Parteitag der CDU zum neuen Vorsitzenden gewählt⁴⁹. Neuer Generalsekretär wurde Mario Czaja⁵⁰. Die Bundestagsfraktion von CDU und CSU wählte Merz am 15. Februar zu ihrem Vorsitzenden, Amtsinhaber Ralph Brinkhaus verzichtete auf seine erneute Kandidatur.

Nachdem der CDU-Politiker Max Otte Ende Januar von der AfD für das Amt des Bundespräsidenten nominiert wurde, forderte die CDU ihn auf, die Partei zu verlassen. Anfang August wurde Otte aus der CDU ausgeschlossen⁵¹.

⁴⁹ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/friedrich-merz-zum-cdu-vorsitzenden-gewaehlt-17745882.html>

⁵⁰ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/mario-czaja-zum-neuen-cdu-generalsekretaer-gewaehlt-a-40923c48-99a7-46d2-8128-f22aa889aaab>

⁵¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/max-otte-afd-cdu-ausschluss-1.5633383>

Im Februar wurde Stephan Mayer neuer Generalsekretär der CSU⁵². Nach nur zehn Wochen im Amt trat er zurück und nannte gesundheitliche Gründe als Ursache. Allerdings geriet er zuvor heftig in die öffentliche Kritik, weil er einen Journalisten telefonisch bedroht haben soll. Anfang Mai wurde Martin Huber zum neuen Generalsekretär der CSU gewählt⁵³.

Nur wenige Wochen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen trat Landesumweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) im April nach massiven Vorwürfen im Zusammenhang mit „Malorca-Gate“ zurück und erklärte ihren Verzicht auf ein eventuelles Landtagsmandat nach der Wahl⁵⁴.

Im Mai nahm die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen den baden-württembergischen Innenminister Thomas Strobl (CDU) auf, der im Verdacht steht, Dienstgeheimnisse an die Presse weitergegeben zu haben. Die Staatsanwaltschaft durchsuchte daraufhin das baden-württembergische Innenministerium⁵⁵.

Ende Mai trat Volker Bouffier (CDU) aus Altersgründen als Ministerpräsident von Hessen zurück und legte sein Landtagsmandat nieder⁵⁶. Boris Rhein (CDU) wurde neuer Ministerpräsident und im Juli zum neuen Parteivorsitzenden der hessischen CDU gewählt⁵⁷. Rheins Vorgänger Bouffier war nicht erneut angetreten.

Im Oktober kündigte Bernd Althusmann seinen Rücktritt als Vorsitzender der CDU Niedersachsen an⁵⁸.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Das beherrschende innerparteiliche Thema für die SPD war zweifellos der von der Parteiführung und Kanzler Scholz initiierte Kurswechsel im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Die SPD, die traditionelle gute Beziehungen zu Russland pflegte und seit Bundeskanzler Willy Brandt einen außenpolitischen Kurs des Interessenausgleichs mit Russland vertritt, tat sich in Teilen erkennbar schwer mit der vorbehaltlosen Unterstützung der Ukraine, auch durch Waffenlieferungen, sowie mit der angekündigten Verstärkung der Rüstungsanstrengungen. Diese zögerliche Haltung vertrat offensichtlich auch Verteidigungsministerin Christina Lambrecht (SPD), die bisweilen auch von den Koalitionspartnern Grüne und FDP entsprechend kritisiert wurde. Zusätzlich in die Kritik geriet sie im Mai, als öffentlich wurde, dass sie ihren Sohn in einem Regierungs-Helikopter mitgenommen hatte⁵⁹.

⁵² <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-vorstand-waehlt-stephan-mayer-zum-neuen-generalsekretaer-a-3a5bbbed-3221-4dc9-b9fb-d7f9a0b67747>

⁵³ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/martin-huber-csu-generalsekretaer-bayern-soeder-100.html>

⁵⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/regional/nordrheinwestfalen/nrw-umweltministerin-ruecktritt-105.html>

⁵⁵ <https://www.tagesspiegel.de/politik/ermittlungen-gegen-baden-wuerttembergs-innenminister-strobl-4327723.html>

⁵⁶ <https://www.tagesschau.de/inland/hessen-bouffier-ruecktritt-101.html>

⁵⁷ <https://www.tagesspiegel.de/politik/boris-rhein-ist-neuer-ministerpraesident-von-hessen-4335805.html>

⁵⁸ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/niedersachsen-bernd-althusmann-kuendigt-ruecktritt-als-cdu-chef-an-a-4d542bf2-a750-4838-b6aa-63532407ece4>

⁵⁹ <https://www.stern.de/politik/deutschland/christine-lambrechts-sohn-fliegt-mit-bundeswehr-heli--alles-rechtens-31844516.html>

Im August entschied die Schiedskommission der SPD, dass Altkanzler Gerhard Schröder Mitglied der SPD bleiben darf, da kein Verstoß gegen die Parteiordnung nachgewiesen werden konnte. Wegen seiner Nähe zum russischen Präsidenten (siehe generelle politische Entwicklungen) hatten zuvor Teile der Partei einen Ausschluss gefordert.

Der Innenminister von Rheinland-Pfalz, Roger Lewentz (SPD), trat Mitte Oktober von seinem Amt zurück⁶⁰. Zuvor war er in die Kritik geraten, weil es Zweifel an seiner Darstellung gab, wann er genügend Informationen zur Flutkatastrophe im Ahrtal im Jahr 2021 erhalten hatte (Angenendt und Poguntke 2022), um darauf reagieren zu können.

Der ehemalige Justiz- und Außenminister Heiko Maas (SPD) kündigte im Dezember an, sein Bundestagsmandat zum Jahreswechsel niederzulegen⁶¹. Seine Nachfolgerin wurde Emily Vontz, Vorsitzende der Jusos Saarland.

Alternative für Deutschland (AfD)

Im Januar legte Jörg Meuthen sein Amt als Co-Vorsitzender der AfD nieder und trat aus der Partei aus⁶². Da Meuthen dem gemäßigten Flügel der Partei zugerechnet wurde, galt dies als ein weiteres Indiz für die Entwicklung der AfD nach rechts. Hierzu passt auch, dass nach einem Beschluss des Kölner Verwaltungsgerichtes vom März das Bundesamt für Verfassungsschutz die gesamte AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall einstufen darf⁶³.

Auf dem AfD-Parteitag im Juni in Riesa wurde Tino Chrupalla als Parteichef wiedergewählt, zweite Vorsitzende wurde Alice Weidel. Nach einem heftigen Streit über die Außen- und Europapolitik wurde der Parteitag vorzeitig beendet. Anlass des Streits war die Abstimmung über eine EU-kritische Resolution, in der eine Annäherung an Russland gefordert wurde⁶⁴.

Im Kontext des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine verbreiteten einige Bundestagsabgeordnete von der AfD in deutschen und russischen Medien russische Propaganda, etwa dass der Westen Russland mit Biowaffen bedrohe oder Deutschland ein Unrechtsstaat sei, der Andersdenkenden mit Zensur und Gewalt drohe. Außerdem wurde gefordert, die Sanktionen gegen Russland aufzuheben. Mit dem andauernden Ukraine-Krieg wurden diese Sichtweisen zunehmend zum Problem für die Partei. Die Parteispitze versuchte, sich von extremen Positionen abzugrenzen, blieb aber bei einem vergleichsweise russlandfreundlichen Kurs.

⁶⁰ <https://www.sueddeutsche.de/politik/rheinland-pfalz-innenminister-lewentz-ruecktritt-1.5673569?reduced=true>

⁶¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/rheinland-pfalz-innenminister-lewentz-ruecktritt-1.5673569?reduced=true>

⁶² <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-vorsitz-meuthen-101.html>

⁶³ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/505958/afd-als-verdachtsfall-eingestuft/>

⁶⁴ <https://www.fr.de/politik/news-ticker-afd-parteitag-streit-eklat-abbruch-alice-weidel-tino-chrupalla-bjoern-hoecke-zr-91614007.html>

Freie Demokratische Partei (FDP)

Auf dem Parteitag der FDP im April wurde Bijan Djir-Sarai zum neuen Generalsekretär gewählt⁶⁵.

Ende Juni geriet der FDP-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Christian Lindner in die Kritik, weil er den Chef von Porsche per SMS um argumentative Unterstützung in der Debatte um synthetische Kraftstoffe gebeten haben soll. Außerdem kam im Juli heraus, dass der Porsche-Chef Oliver Blume auf einer internen Veranstaltung erzählte, er habe während der Koalitionsverhandlungen im Jahr 2021 in einem engen Austausch mit Lindner gestanden⁶⁶. Blume entschuldigte sich später und sagte, durch seine Wortwahl sei ein falscher Eindruck entstanden. Auch die FDP wies die Vorwürfe zurück. Eingeräumt wurde ein kurzes Telefonat zwischen Lindner und Blume, was jedoch nicht ungewöhnlich sei.

Im Juli heiratete Lindner auf der Insel Sylt. Seine Hochzeit wurde von einem lauten Medienecho begleitet. In die Kritik geriet die pompöse Hochzeit unter anderem, weil sie während der Energiekrise und in Zeiten stark steigender Verbraucherpreise stattfand.

Wolfgang Kubicki, Vize-Parteivorsitzender und Vizepräsident des Bundestages, sprach sich im August für eine Öffnung der Pipeline Nord Stream 2 aus, da es keinen vernünftigen Grund gäbe, die Pipeline nicht zu öffnen. Dafür erntete er Kritik aus der eigenen Partei, unter anderem von Generalsekretär Bijan Djir-Sarai⁶⁷.

Die Linke

Im März erklärte Oskar Lafontaine kurz vor der Landtagswahl im Saarland seinen Austritt aus der Linkspartei⁶⁸. Er war Mitte der 2000er-Jahre einer der Mitgründer der Partei, nachdem er kurz zuvor aus der Regierung Schröder ausgeschieden war und sein Amt als Vorsitzender der SPD niedergelegt hatte. Lafontaine hat über einen langen Zeitraum die Politik im Saarland geprägt, zunächst als saarländischer SPD-Ministerpräsident (1985-1998) und dann in der jüngeren Vergangenheit noch einmal als Fraktionsvorsitzender der Saar-Linken. In der Folge verlor die Linkspartei bei der Landtagswahl im Saarland deutlich (siehe Landtagswahlen 2022).

Die Co-Vorsitzende der Linkspartei, Susanne Hennig-Wellsow, erklärte im April ihren Rücktritt⁶⁹. Im Juni wählte die Linkspartei auf ihrem Bundesparteitag in Erfurt Martin Schirdewan

⁶⁵ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fdp-waehlt-djir-sarai-zum-generalsekretaer-a-c1278a02-12b0-4d6d-bb9f-b162ad3cf3fd>

⁶⁶ <https://www.stern.de/politik/deutschland/-porschegate-christian-lindner-schrieb-sms-an-porsche-boss-blume-32604096.html>

⁶⁷ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/nordstream-2-fdp-empoert-ueber-wolfgang-kubicki-a-fe2d3860-ca3b-4443-b1ea-5edb59bc6163>

⁶⁸ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/lafontaine-linke-austritt-103.html>

⁶⁹ <https://www.tagesschau.de/inland/hennig-wellsow-ruecktritt-101.html>

und Janine Wissler zu neuen Parteivorsitzenden⁷⁰. Neuer Bundesgeschäftsführer wurde Tobias Bank, sein Vorgänger Jörg Schindler hatte sich nicht erneut zur Wahl gestellt⁷¹.

Im Juli ereignete sich in Oberhausen ein Sprengstoffanschlag auf ein Parteibüro der Linken, das durch die Explosion verwüstet wurde⁷².

Im Jahresverlauf kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen der Partei und Sahra Wagenknecht. Zu Beginn des Ukraine-Kriegs verurteilte sie zwar den russischen Angriff, machte jedoch insbesondere die USA maßgeblich für die Eskalation des Konflikts verantwortlich. Ihr Parteikollege Gregor Gysi reagierte entsetzt; es kam zu einem öffentlichen Schlagabtausch zwischen den beiden. In einer Bundestagsrede Anfang September sprach Wagenknecht von einem beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen Russland durch die Bundesregierung⁷³. Etwa die Hälfte der Linksfraktion war aus Protest nicht erschienen, der Rest der Fraktion und die AfD applaudierten, die anderen Fraktionen waren empört. Laut Angaben der Bundesgeschäftsstelle traten kurz danach mindestens 809 Mitglieder aus der Partei aus, so viele wie zu keinem Zeitpunkt zuvor⁷⁴. In der zweiten Jahreshälfte wurde immer öfter über eine Spaltung der Partei spekuliert.

Bündnis 90/Die Grünen

Am 29. Januar wurden Ricarda Lang und Omid Nouripour auf dem digitalen Parteitag der Grünen zu den neuen Bundesvorsitzenden gewählt; Emily Büning wurde neue politische Bundesgeschäftsführerin⁷⁵.

Im April trat Anne Spiegel als Familienministerin zurück, nachdem Vorwürfe laut wurden, sie habe in ihrer Zeit als rheinland-pfälzische Umweltministerin ihre Amtspflichten vernachlässigt: Spiegel reiste kurz nach der Flutkatastrophe im Ahrtal im Jahr 2021 in den Urlaub und war nur eingeschränkt erreichbar gewesen (Angenendt und Poguntke 2022). Als Nachfolgerin wurde Lisa Paus ernannt⁷⁶.

Auf dem Bundesparteitag der Grünen im Oktober wurde der Regierungskurs gestützt, außerdem stimmten die Delegierten für weitere Waffenlieferungen an die Ukraine⁷⁷. Anträge, in denen die Waffenlieferungen als Abkehr von der pazifistischen Tradition der Partei kritisiert wurden, erhielten keine Mehrheit. Die Grünen waren unter anderem aus der Friedensbewegung heraus entstanden und sprachen sich im Programm zur Bundestagswahl 2021 noch gegen

⁷⁰ <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/janine-wissler-bleibt-partiechefin-der-linken-100.html>

⁷¹ <https://www.tagesschau.de/inland/linke-partieitag-analyse-101.html>

⁷² <https://www.tagesschau.de/inland/regional/nordrheinwestfalen/oberhausen-explosion-101.html>

⁷³ <https://www.tagesspiegel.de/politik/wagenknecht-polarisiert-mit-russland-aussage-das-grosste-problem-ist-ihre-idee-einen-wirtschaftskrieg-vom-zaun-zu-brechen-8621458.html>

⁷⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/linkspartei-austritte-101.html>

⁷⁵ <https://www.phoenix.de/neue-gruene-doppelspitze-a-2492028.html>

⁷⁶ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lisa-paus-familienministerin-spiegel-nachfolgerin-100.html>

⁷⁷ <https://www.zeit.de/zustimmung?url=https%3A%2F%2Fwww.zeit.de%2Fpolitik%2Fdeutschland%2F2022-10%2Fgruenen-partieitag-waffen-ukraine-krieg-russland>

Waffenexporte in Kriegsgebiete aus. Während des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine forderten sie jedoch oft die Lieferung von mehr und schwereren Waffen.

Bei der Oberbürgermeisterwahl in Tübingen am 23. Oktober trat Boris Palmer, amtierender Oberbürgermeister, als parteiloser Kandidat an, da seine Parteimitgliedschaft bei den Grünen wegen Rassismuskorruption ruht. Die Grünen nominierten eine eigene Kandidatin, Ulrike Baumgärtner. Palmer wurde im ersten Wahlgang gewählt⁷⁸.

Am 17. August wurde ein Brandanschlag auf das Wahlkreisbüro von Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) in Berlin-Charlottenburg verübt. Es wurde niemand verletzt. Vor Ort wurde der Schriftzug „NSU“ gefunden⁷⁹.

Landtagswahlen 2022

Saarland

Am 27. März fanden im Saarland Landtagswahlen statt (Tabelle 2). Im Vorfeld der Wahl veröffentlichte der amtierende Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) ein Video auf Twitter, das ihn vor einer Tankstelle zeigte. In dem Video thematisierte er die hohen Spritpreise und kritisierte, dass sich der Staat an den hohen Energiekosten finanziell bereichere. In der Öffentlichkeit wurde er dafür kritisiert, dass er zwischen „Geringverdienern“ und „fleißigen Leuten“ differenzierte⁸⁰. Aus der Wahl ging die SPD mit ihrer Spitzenkandidatin Anke Rehlinger als Siegerin hervor. Die SPD erlangte mit 43,5 Prozent der Stimmen (+13,9 Prozentpunkte) die absolute Mehrheit im Landtag und regiert seitdem ohne Koalitionspartner das Saarland. Die CDU erzielte 28,5 Prozent der Stimmen und erlitt mit einem Verlust von 12,2 Prozentpunkten eine schwere Wahlniederlage. Der damalige Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Saarland, Oskar Lafontaine, entzog seiner Partei vor der Wahl die Unterstützung (siehe wichtigste Parteien im Detail), was zu dem signifikanten Stimmenverlust für die Linkspartei beigetragen haben dürfte; sie verlor 10,3 Prozentpunkte und erreichte nur noch 2,6 Prozent der Wählerstimmen. Außerdem scheiterten die Grünen denkbar knapp an der Fünf-Prozent-Hürde – der Partei fehlten nur 23 Stimmen für den Einzug in den Landtag. Im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl im Jahr 2017 sank die Wahlbeteiligung um 8,3 Prozentpunkte auf 61,4 Prozent. Nach seiner Wahlniederlage verzichtete Tobias Hans auf eine erneute Kandidatur für den Landesvorsitz der CDU im Saarland⁸¹. Am 25. April wählte der neu konstituierte Landtag Anke Rehlinger (SPD) zur neuen Ministerpräsidentin⁸². Ende Mai wählte die CDU Saar Stephan Toscani zum Nachfolger von Tobias Hans als Landesvorsitzenden⁸³.

⁷⁸ <https://www.lpb-bw.de/ob-wahl-tuebingen-2022>

⁷⁹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/lisa-paus-brandanschlag-buero-berlin-1.5640668>

⁸⁰ <https://www.stern.de/politik/deutschland/tobias-hans-twitter-video-zu-energiepreisen-sorgt-fuer-aerger-31684956.html>

⁸¹ https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/dossiers/wahlen/landtagswahl_2022/landtagswahl_saarland_2022_hans_ruecktritt_100.html

⁸² <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/saarland-landtag-waehlt-anke-rehlinger-zur-neuen-ministerpraesidentin-a-b62817ae-2499-4bf6-83fe-26b2ae572e>

⁸³ https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/cdu_landesparteitag_eppelborn_persoenliche_entscheidungen_100.html

Schleswig-Holstein

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein fand am 8. Mai statt (Tabelle 2). Die CDU ging mit ihrem Spitzenkandidaten und amtierenden Ministerpräsidenten Daniel Günther aus der Wahl mit 43,4 Prozent der Stimmen und einem Zugewinn von 11,4 Prozentpunkten als klare Siegerin hervor. Die absolute Mehrheit verfehlte sie nur um einen Sitz. Die SPD verlor hingegen stark in der Wählergunst und büßte 11,3 Prozentpunkte ein. Mit 16 Prozent der Stimmen erzielte sie ihr historisch schlechtestes Ergebnis in diesem Bundesland. Die Grünen wurden mit 18,3 Prozent der Stimmen zweitstärkste Partei und erlangten ihr historisch bestes Ergebnis in Schleswig-Holstein. Die AfD scheiterte mit 4,4 Prozent der Stimmen an der Fünf-Prozent-Hürde (-1,5 Prozentpunkte) und musste damit erstmals einen Landtag verlassen. Der FDP gelang zwar, trotz deutlicher Verluste, mit 6,4 Prozent der Stimmen der Wiedereinzug in den Landtag (-5,1 Prozentpunkte), an der neuen Regierung ist sie aber nicht mehr beteiligt; zuvor hatte eine sogenannte Jamaika-Koalition aus CDU, Grünen und FDP das Land regiert. Am 17. Mai nahm die Wahlsiegerin CDU zunächst Sondierungsgespräche mit den Grünen auf. Am selben Tag trafen sich die Sondierer der CDU zudem mit Vertretern der FDP. Ministerpräsident Günther befürwortete eine Neuauflage des sogenannten Jamaika-Bündnisses aus CDU, Grünen und FDP, auch wenn die CDU für die Regierungsmehrheit nur eine der beiden Parteien als Koalitionspartner benötigte⁸⁴. Die gemeinsamen Sondierungsgespräche wurden am 19. Mai auf Druck der Grünen für gescheitert erklärt, da es keine Basis für eine Dreierkoalition gebe, in der eine der Parteien nicht für eine Regierungsmehrheit gebraucht werde⁸⁵. Die Grünen erklärten sich allerdings zu Sondierungsgesprächen für eine Zweierkoalition mit der CDU bereit. Am 23. Mai bot Ministerpräsident Günther den Grünen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen an⁸⁶. Ende Juni einigen sich die beiden Parteien auf den Koalitionsvertrag, am 27. Juni stimmten die Delegierten auf den Landesparteitagen der CDU und Grünen dem Koalitionsvertrag zu⁸⁷. Zwei Tage später wählte der Landtag Daniel Günther zum Ministerpräsidenten⁸⁸.

Nordrhein-Westfalen

Am 15. Mai wurde in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt (Tabelle 2). Im Vorfeld der Wahl war ein knappes Rennen zwischen dem amtierenden Ministerpräsidenten und Spitzenkandidaten der CDU, Hendrik Wüst, und seinem Herausforderer von der SPD, Thomas Kutschaty, erwartet worden. Am Wahltag ging die CDU allerdings mit 35,7 Prozent der Stimmen (+ 2,8 Prozentpunkte) überraschend als klare Wahlsiegerin hervor. Die SPD erreichte 26,7 Prozent der Stimmen und verlor 4,6 Prozentpunkte. Der bisherige Koalitionspartner FDP verlor

⁸⁴ <https://www.stern.de/news/sondierungsgespraechenach-landtagswahl-in-schleswig-holstein-gestartet-31867746.html>

⁸⁵ <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Beginn-erster-gemeinsamen-Sondierung-von-CDU-Gruenen-und-FDP-in-SH,cdu1684.html>; <https://www.tagesschau.de/inland/schleswig-holstein-129.html>

⁸⁶ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/schleswig-holstein-cdu-und-gruene-nehmen-koalitions-gespraechen-auf-a-4cae849f-775c-4338-9d09-5b8f71bbc9bf>

⁸⁷ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-06/schleswig-holstein-cdu-gruene-koalitionsvertrag-daniel-guenther>

⁸⁸ <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Daniel-Guenther-ist-alter-und-neuer-Ministerpraesident-von-SH,guenther1586.html>

mit 6,7 Prozentpunkten deutlich und erhielt nur noch 5,9 Prozent der Stimmen. Die Grünen hingegen konnten ihr Ergebnis um fast zwölf Prozentpunkte steigern und erlangten 18,2 Prozent der Stimmen. Im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl im Jahr 2017 sank die Wahlbeteiligung um fast zehn Prozentpunkte auf 55,5 Prozent. Eine Woche nach der Wahl nahmen CDU und Grüne Sondierungsgespräche auf. Nach den viertägigen Gesprächen vereinbarten beide Parteien die Eckpunkte für ein mögliches Regierungsbündnis⁸⁹. Die von den Spitzengremien beider Parteien gebilligten Koalitionsverhandlungen endeten am 23. Juni mit der Vorstellung des gemeinsamen Koalitionsvertrages⁹⁰. Am 28. Juni wählte der Landtag Hendrik Wüst erneut zum Ministerpräsidenten. Die Koalition aus CDU und Grünen löste damit die bisherige aus CDU und FDP ab.

Niedersachsen

Die Landtagswahl in Niedersachsen fand am 9. Oktober statt (Tabelle 2). Die Vorgängerregierung aus SPD und CDU wurde nach der Wahl durch eine Koalition der SPD mit den Grünen abgelöst. Ministerpräsident blieb Stephan Weil (SPD). Sowohl SPD als auch CDU mussten Stimmenverluste hinnehmen: Die SPD verlor 3,5 Prozentpunkte und erhielt 33,4 Prozent der Stimmen, die CDU verlor 5,5 Prozentpunkte und erhielt 28,1 Prozent der Stimmen. Damit fuhr die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Bernd Althusmann ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in Niedersachsen seit 1955 ein⁹¹. Als Konsequenz trat Althusmann noch am Wahlabend von seinem Amt als Landesvorsitzender der CDU zurück⁹². Die Grünen erreichten einen Zugewinn von 5,8 Prozentpunkten und erhielten damit 14,5 Prozent der Stimmen. Für die AfD war die Wahl ebenfalls ein Erfolg. Ihr gelang ein Zuwachs von 4,8 Prozentpunkten auf 11 Prozent der Stimmen. Damit konnte die AfD ihr vorheriges Wahlergebnis fast verdoppeln. Für die FDP war die Wahl eine herbe Enttäuschung: Sie verlor fast drei Prozentpunkte und verpasste mit 4,7 Prozent der Stimmen den Wiedereinzug in den Landtag. Damit ist sie erstmalig seit 1998 nicht mehr im Landtag von Niedersachsen vertreten⁹³. Nach der Wahl zeichnete sich schnell eine Koalition aus SPD und Grünen ab, die bereits von 2013 bis 2017 gemeinsam das Land regierten. Die Koalitionsverhandlungen beider Parteien begannen Ende Oktober und waren bereits Anfang November abgeschlossen⁹⁴. Am 8. November wurde Stephan Weil erneut zum Ministerpräsidenten gewählt.

⁸⁹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/nrw-sondierungsgespraech-schwarz-gruen-1.5593136>

⁹⁰ <https://www.tagesschau.de/inland/koalitionsvertrag-nrw-cdu-gruene-101.html>

⁹¹ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Die-Analyse-Was-bedeutet-die-Ergebnisse-der-Landtagswahl,landtagswahl4994.html>

⁹² <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/niedersachsen-bernd-althusmann-kuendigt-ruecktritt-als-cdu-chef-an-a-4d542bf2-a750-4838-b6aa-63532407ece4>

⁹³ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Die-Analyse-Was-bedeutet-die-Ergebnisse-der-Landtagswahl,landtagswahl4994.html>

⁹⁴ https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/landtagswahl_2022/SPD-und-Gruene-nehmen-Koalitions-Verhandlungen-auf,landtagswahl5068.html

Tabelle 2: Landtagswahlen 2022

	Saarland			Schleswig-Holstein			Nordrhein-Westfalen			Niedersachsen		
Datum der Wahl:	27. März 2022			8. Mai 2022			15. Mai 2022			9. Oktober 2022		
Anzahl Parlamentssitze:	51			69			195			146		
Wahlbeteiligung (%):	61.4 % (-8.3 %-Punkte)			60.3 % (-3.9 %-Punkte)			55.5% (-9.6 %-Punkte)			60.3% (-2.8 %-Punkte)		
Wählerschaft:	746,307			2,314,417			12,965,858			6,064,738		
Abgegebene Stimmen:	458,113			1,396,747			7,200,293			3,657,967		
Gültige Zweitstimmen (Prozent):	452,411 (98,8 %) ^a			1,387,398 (99,3 %)			7,146,831 (99,3 %)			3,623,886 (99,1 %)		
Gültige Erststimmen (Prozent):				1,378,852 (98,7 %)			7,130,557 (99,0 %)			3,609,392 (98,7 %)		
Neue Regierungskoalition (Vorgängerregierung):	SPD (CDU-SPD)			CDU-Grüne (CDU-Grüne-FDP)			CDU-Grüne (CDU-FDP)			SPD-Grüne (SPD-CDU)		
Partei	Stimmen %	Sitze N	Gewinne/ Verluste %-Punkte	Stimmen %	Sitze N	Gewinne/ Verluste %-Punkte	Stimmen %	Sitze N	Gewinne/ Verluste %-Punkte	Stimmen %	Sitze N	Gewinne/ Verluste %-Punkte
Sozialdemokratische Partei (SPD)	43,5	29	+13,9	16,0	12	-11,3	26,7	56	-4,6	33,4	57	-3,5
Christdemokratische Partei (CDU)	28,5	19	-12,2	43,3	34	+11,4	35,7	76	+2,8	28,1	47	-5,5
Bündnis 90/Die Grünen	4,9	0	+1,0	18,3	14	+5,4	18,2	39	+11,8	14,5	24	+5,8
Die Linke	2,6	0	-10,3	1,7	0	-2,1	2,1	0	-2,8	2,7	0	-1,9
Freie Demokratische Partei (FDP)	4,8	0	+1,5	6,4	5	-5,1	5,9	12	-6,7	4,7	0	-2,8
Alternative für Deutschland (AfD)	5,7	3	-0,5	4,4	0	-1,5	5,4	12	-1,9	11,0	18	+4,8
Südschleswigscher Wählerverband (SSW) ^b				5,7	4	+2,4						
Andere	9,9	0	+6,5	4,2	0	+0,7	6,1	0	+1,5	5,6	0	+3,2

Anmerkungen: ^aIm Saarland hat jeder Wähler nur eine Stimme. ^bDer SSW (Südschleswigscher Wählerverband) ist die Partei der dänischen Minderheit und tritt nur in Schleswig-Holstein an.

Quellen: Landeswahlleiter Saarland 2022; Forschungsgruppe Wahlen 2022b; Landeswahlleiter Schleswig-Holstein 2022; Landeswahlleiter Nordrhein-Westfalen 2022, Landeswahlleiterin Niedersachsen 2022; Landesamt für Statistik Niedersachsen 2022

Bundespräsidentenwahl 2022

Die 17. Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten fand am 13. Februar statt (Tabelle 3). Wegen den zu dieser Zeit geltenden Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie fand die Wahl nicht im Plenarsaal des Bundestages statt, sondern über mehrere Stockwerke verteilt im Paul-Löbe-Haus, einem Bürogebäude des Bundestages. Laut Artikel 54 des Grundgesetzes wird in Deutschland der Bundespräsident durch die sogenannte Bundesversammlung gewählt. Die Bundesversammlung besteht aus allen Bundestagsabgeordneten und der gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden. Dies sind Landtagsabgeordnete, Kommunalpolitiker sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens⁹⁵. Im Vorfeld der Wahl gab es Spekulationen, ob eine Frau für das Amt kandidieren werde. Häufig fiel in diesem Zusammenhang der Name Katrin Göring-Eckhardt (Grüne)⁹⁶. Während der Bildung der Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP sprachen sich führende CDU-Politiker dafür aus, eine Frau aus der eigenen Partei zu nominieren⁹⁷. Ohne die Unterstützung der Grünen sei eine solche Kandidatur allerdings aussichtslos. Eine erneute Kandidatur des amtierenden Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier wurde bereits Ende 2019 von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) ins Spiel gebracht⁹⁸. Weder bestätigte Steinmeier zu diesem Zeitpunkt seine erneute Kandidatur, noch schloss er sie aus. Bereits Ende 2021 sicherte der Bundesvorsitzende der FDP, Christian Lindner, Steinmeier die Unterstützung seiner Partei für eine weitere Amtszeit zu⁹⁹. Steinmeier selbst kündigte am 28. Mai 2021 seine erneute Kandidatur an. Zum Jahreswechsel 2021/2022 bestätigten FDP, Grüne und Union, Steinmeiers Wahl unterstützen zu wollen. Folglich verzichteten die Unionsparteien auf einen eigenen Kandidaten. Die AfD nominierte Max Otte, zum Zeitpunkt der Bundespräsidentenwahl noch CDU-Mitglied (siehe wichtigste Parteien im Detail). Die Linkspartei nominierte den parteilosen Gerhard Trabert und die Freien Wähler schickten Stefanie Gebauer ins Rennen. Im ersten Wahlgang wurde Frank-Walter Steinmeier mit 72,7 Prozent der abgegebenen Stimmen (1045 Stimmen) zum Bundespräsidenten gewählt. Am 19. März begann seine zweite Amtszeit.

⁹⁵ <https://www.bundestag.de/bundesversammlung>

⁹⁶ https://rp-online.de/politik/deutschland/katrin-goering-eckardt-bekommt-deutschland-die-erste-bundespraesidentin_aid-55311065

⁹⁷ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/cdu-politiker-fuer-eigene-bundespraesidenten-kandidatin-17669291.html>

⁹⁸ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wolfgang-kubicki-fordert-zweite-amtszeit-fuer-frank-walter-steinmeier-a-1301127.html>

⁹⁹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-lindner-fdp-fuer-zweite-amtszeit-von-bundespraesident-steinmeier-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-211222-99-481712>

Tabelle 3: Bundespräsidentenwahl 2022

Datum der Wahl:	13. Februar 2022		
Wählerschaft:	1.472		
Abgegebene Stimmen:	1.437		
Wahlbeteiligung (Prozent):	97,6 %		
Gültige Stimmen (absolut):	1425		
Gültige Stimmen (Prozent):	99,2 %		
Kandidat	Unterstützung	Stimmen	
		Absolut	Prozent
Frank-Walter Steinmeier (*1956, männlich)	SPD, FDP, Grüne, CDU, CSU	1.045	72,7
Max Otte (*1964, männlich)	AfD	140	9,7
Gerhard Trabert (*1956, männlich)	Die Linke	96	6,7
Stefanie Gebauer (*1980, weiblich)	Freie Wähler	58	4,0
Enthaltungen		86	6,0

Anmerkung: Der Prozentanteil bezieht sich auf die abgegebenen und gültigen Stimmen bei der Bundesversammlung. Quelle: Bundestag (2022)

Fazit und Ausblick

Sowohl bei den Landtagswahlen als auch bei den regelmäßig gemessenen Umfragewerten ist die FDP der klare Verlierer der Ampelkoalition. Die SPD hat sich bundesweit wieder auf Werte um die 20 Prozent eingependelt, was erheblich unter ihrem Wahlergebnis bei den Bundestagswahlen von 2021 liegt, während die Grünen sich auf einem vergleichsweise hohen Niveau knapp unterhalb von 20 Prozent stabilisieren. Sowohl Grüne als auch SPD konnten bei Landtagswahlen auch gute Ergebnisse erzielen, während die FDP Regierungsbeteiligungen verlor und auch zweimal unter der 5-Prozent-Hürde blieb.

Die Unionsparteien haben sich nach der Wahlniederlage bei den Bundestagswahlen deutlich erholt, was sich sowohl bei den Umfrage- als auch bei den Wahlergebnissen zeigt. Friedrich Merz ist als Parteivorsitzender unangefochten, hat der Partei allerdings bislang keine starken programmatischen Impulse zu geben vermocht; dies dürfte sich mit der geplanten Neufassung des Grundsatzprogrammes ändern, dessen Verabschiedung für den Sommer 2023 vorgesehen ist.

Die AfD hat durch den starken Anstieg der Flüchtlingszahlen sowie durch das Unbehagen in Teilen der Bevölkerung hinsichtlich der militärischen Unterstützung für die Ukraine und der Sanktionen gegen Russland in den Umfragen profitiert. Die Linke, die sich außenpolitisch ähnlich wie die AfD positioniert hat, stagniert weiterhin in der Nähe der 5-Prozent-Hürde, da sie

unter anderem unter dem Richtungsstreit zwischen der ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht und der gegenwärtigen Parteiführung leidet.

Die schlechten Wahlergebnisse der FDP haben die Konflikte innerhalb der Koalition erheblich verschärft. Die Staatsausgaben sind durch die Kosten zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie und durch die Anstrengungen zur Stärkung der Bundeswehr und die Hilfen zum Ausgleich der gestiegenen Energiekosten erheblich gewachsen. Gleichzeitig erfordert der Ausfall russischer Energielieferungen im Zusammenwirken mit den Anstrengungen zur Senkung der CO₂-Emissionen eine Steigerung der Staatsausgaben. Zudem neigen sowohl SPD und Grüne dazu, den Umstrukturierungsprozess durch staatliche Verbote zu steuern. Beides läuft den ordnungspolitischen Zielen der FDP zuwider, die traditionell auf marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismen sowie sparsame Haushaltsführung setzt. Dennoch ist mittelfristig nicht damit zu rechnen, dass die Regierung scheitert, schon weil die kulturell tief verwurzelte Abneigung der deutschen Bevölkerung gegenüber instabilen Verhältnissen einen Koalitionsbruch erheblich erschwert.

Quellen und Literatur

- Angenendt, M. & Kinski, L. (2022): Germany: Political Developments and Data in 2021. The End of the Merkel Era. *European Journal of Political Research Political Data Yearbook* 61 (1), p. 171–192.
- Angenendt, M., & Poguntke, T. (2022): Die deutsche Parteienlandschaft im Jahr 2021. In: Zheng, C. (Hrsg.). *Blue Book of Germany. Annual Development Report of Germany 2021*. Beijing: Social Sciences Academic Press.
- Bundestag (2022): Die Wahl des Bundespräsidenten. Online verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/bundesversammlung> (Zugriff: 13.02.2023).
- Forschungsgruppe Wahlen (2022a): Politbarometer. Langzeitentwicklung: Politik II - Wichtigste politische Themen. Online verfügbar unter: http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/ (Zugriff: 13.02.2023)
- Forschungsgruppe Wahlen (2022b): Landtagswahl im Saarland. Mannheim: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V.. Online verfügbar unter: https://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/Newsletter_Saarland_28.03.2022.pdf (Zugriff: 13.02.2023).
- Forschungsgruppe Wahlen (2023a): Politbarometer. Langzeitentwicklung: Wirtschaft und Soziales. Online verfügbar unter: https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Wirtschaft_und_Soziales/ (Zugriff: 22.02.2023).
- Forschungsgruppe Wahlen (2023b): Politbarometer. Langzeitentwicklung: Politik I - Projektion. Online verfügbar unter: https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_I/#Projektion (Zugriff: 22.02.2023).

- Forschungsgruppe Wahlen (2023c): Politbarometer. Langzeitentwicklung: Politik II - Zufriedenheit mit Regierung und Koalitionspartnern. Online verfügbar unter: https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/ (Zugriff: 22.02.2023).
- Infratest Dimap (2022): ARD-DeutschlandTREND. Online verfügbar unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2022/maerz/>; <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2022/april/>; <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2022/april-ii/>; <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2022/juni/>; <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2022/august/>; <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2022/november/> (Zugriff: 13.02.2023)
- Kinski, L., & Poguntke, T. (2021): Die deutsche Parteienlandschaft im Jahr 2020. In: Zheng, C. (Hrsg.). Blue Book of Germany. Annual Development Report of Germany 2020. Beijing: Social Sciences Academic Press.
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (2022): Landtagswahl in Niedersachsen. Online verfügbar unter: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/Vision/map.html> (Zugriff: 13.02.2023).
- Landeswahlleiterin Niedersachsen (2022): Endgültiges Amtliches Ergebnis der Wahl des Niedersächsischen Landtages der 19. Wahlperiode am 09. Oktober 2022. Online verfügbar unter: https://landeswahlleiterin.niedersachsen.de/startseite/wahlen/landtagswahl/landtagswahl_2022/endgultiges_amtliches_ergebnis/wahl-zum-19-niedersachsischen-landtag-am-9-oktober-2022-endgultiges-amtliches-ergebnis-216438.html (Zugriff: 13.02.2023).
- Landeswahlleiter Nordrhein-Westfalen (2022): Landtagswahl 2022. Endgültige Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen. Heft 3. Online verfügbar unter: https://www.wahlergebnisse.nrw/landtagswahlen/2022/LW22_Heft_3.pdf (Zugriff: 13.02.2023).
- Landeswahlleiter Nordrhein-Westfalen (2022): Landtagswahl 2022. Der Landeswahlleiter informiert. Endgültiges Ergebnis für: Nordrhein-Westfalen. Online verfügbar unter: <https://www.wahlergebnisse.nrw/landtagswahlen/2022/aktuell/a000lw2200.shtml> (Zugriff: 13.02.2023).
- Landeswahlleiter Saarland (2022): Landtagswahl 2022. Amtliches Endergebnis. Online verfügbar unter: <https://wahlergebnis.saarland.de/LTW/> (Zugriff: 13.02.2023).
- Landeswahlleiter Schleswig-Holstein (2022): Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2022. Amtliches Endergebnis. Online verfügbar unter: <https://www.landtagswahl-sh.de/ergebnispraesentation.html> (Zugriff: 13.02.2023).
- Statistisches Bundesamt (2022): Preise. Verbraucherpreisindizes für Deutschland (Monatsbericht). Fachserie 17, Reihe 7, Ausgabe 12. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/Publikationen/Downloads-Verbraucherpreise/verbraucherpreise-m-2170700221124.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 22.10.2022).

Statistisches Bundesamt (2023): Verbraucherpreisindex und Inflationsrate. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/_inhalt.html (Zugriff 22.10.2022).

.....
Eine chinesische Fassung erscheint in: Chunrong Zheng (Hrsg.) Blue Book of Germany. Annual Development Report of Germany 2022, Social Science Academic Press (China).

Zu den Autoren

Dr. Michael Angenendt ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRUF), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Prof. Dr. Thomas Poguntke ist Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft und Co-Direktor des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRUF), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Impressum

Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRUF)
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf | Universitätsstraße 1 | 40225 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Alexandra Bäcker

Tel.: 0211/81-15722 | E-Mail: pruf@hhu.de | www.pruf.de